



WERKSZEITUNG DER STEYRER ARBEITER UND ANGESTELLTEN

Gegründet 1948

November 2004

Nummer 1/2004

Verlagerung und Verkauf von ZF Steyr ist ein weiterer Schlag gegen Industriestandort Oberösterreich

## War deutscher Konzern nur am innovativen S-matic-Getriebe interessiert?

Der deutsche ZF-Konzern (53.500 Beschäftigte, 8,9 Mrd. € Umsatz) plant den Verkauf seines im Jahre 2000 vom Magna-Konzern des Austrokanadiers Frank Stronach erworbenen Standortes Steyr. Im ersten Halbjahr 2005 soll die Getriebemontage (ca. 170 Beschäftigte) in das ZF-Werk Passau verlagert werden um dessen Auslastung zu erhöhen. Für 50 Beschäftigte wird dabei für die Anfangsphase angeboten nach Passau zu übersiedeln.

Der Rest des Werkes Steyr (ca. 250 Arbeitsplätze) soll in eine Komponentenfertigung umgewandelt werden, wobei noch offen ist, ZF diesen Sektor selbst weiterführt oder verkauft. Im Gespräch ist auch eine ZF Steyr Entwicklungsholding gemeinsam mit der in Sankt Valentin ansässigen zum Magna-Konzern gehörenden ECS.

Als der ZF-Konzern im Mai 2000 die ehemalige Steyr-Antriebstechnik (SAT) von Magna übernahm, gab es nach jahrelanger Unsicherheit eine Aufbruchstimmung für die Beschäftigten, war die SAT nach der Über-

nahme der Steyr-Daimler-Puch AG für Magna doch immer ein Fremdkörper gewesen. So wurde die Übernahme im Mai 2000 als „schöner Tag“ für den Standort Steyr und als Geburtsstunde eine Kompetenzzentrums für Landmaschinen bezeichnet.

Noch im Oktober 2001 ließ ZF-Steyr via „Wirtschaftsblatt“ verkünden „Integration in deutschen Mutterkonzern läuft auf Hochtouren“ und kündigte an, nach „massivsten Investitionen“ ab 2003 Gewinne nach Passau abzuliefern. Gleichzeitig wurde aber hinter dem Rücken

der betroffenen Beschäftigten seit Herbst 2001 schon über den Verkauf der Instandhaltung verhandelt.

Den Beschäftigten wurde ein von der SPÖ-Betriebsratsmehrheit abgezeichnetes Konsenspapier aufgedrückt, es kam bei massivem Widerstand der betroffenen Belegschaft zur Ausgliederung von Teilbereichen wie dem Factory Service im Jahre 2002. Die vom vormaligen ZF-Geschäftsführer Gino Biondi bei der Übernahme abgegebene Arbeitsplatzgarantie erwies sich damit als Schwindel.

Auch die willkürliche und daher gerichtlich beanspruchte Versetzung des offensichtlich als „Störfaktor“ betrachteten GLB-Betriebsrates Franz Bemegger zu Jahresbeginn 2004 ist vor dem Hintergrund der jetzt bekannt gemachten Pläne zu sehen. Hatte doch der GLB konträr zu den Beschwichtigungen der FSG-Mehrheit im Betriebsrat seit Jahren auf die Gefährdung des Standortes Steyr hingewiesen.

Den Beschäftigten wurden in den letzten Jahren große Opfer für die Standorterhaltung in Form von Kündigungen, Kurzarbeit und Leistungsdruck abverlangt. Angesichts des jetzt geplanten Verkaufs waren aber Fortsetzung auf Seite 2...



Gedrückt war die Stimmung der ZF-Beschäftigten nach der Informationsversammlung (Foto: OÖN)

Fortsetzung von Seite 1...

offensichtlich alle Opfer umsonst, die den Beschäftigten abgepresst wurden.

Nach der Übernahme durch ZF wurde zur Beschwichtigung der Beschäftigten oft argumentiert, dass ZF einer Stiftung gehört und daher sozialer agiert als andere Konzerne.

Heute zeigt sich jedoch, dass ZF so handelt wie alle anderen Multis auch, zumal Geschäftsführer Bernd Kohl im Zusammenhang mit dem geplanten Verkauf sogar darauf verwies, dass für heuer ein positives Ergebnis erwartet wird. Noch am 29. Juli hatte ZF-Pressesprecher Jochen Weidemann Gerüchte über die Verlagerung der Getriebe-Montage nach Passau als „aus der Luft gegriffen“ bezeichnet.

● Als Schlussfolgerung bleibt der Eindruck, dass es ZF bei Übernahme der SAT letztlich nur darum ging

das innovative Produkt S-matic in die Hände zu bekommen und damit ein Monopol bei Automatikgetrieben für Landmaschinen zu erlangen und den Rest als lästiges Beiwerk betrachtet, stellt der Gewerkschaftliche Linksblock (GLB) Oberösterreich zur aktuellen Entwicklung fest.

Die politische Verantwortung für die heutige Situation von ZF Steyr reicht weit in die Vergangenheit zurück, als SPÖ und ÖVP gleichermaßen die Privatisierung der verstaatlichten und halbstaatlichen Industrie als Vorleistung für den EU-Beitritt betrieben.

● Nicht vergessen werden darf, dass beim Verkauf der Steyr-Daimler-Puch AG an Magna die SPÖ-Spitzenpolitiker Franz Vranitzky und Rudolf Streicher federführend waren und auch heute noch gemeinsam mit Politikern von SPÖ, ÖVP und FPÖ zum Netzwerk von

Frank Stronach gehören.

Wenn jetzt die SPÖ beklagt, dass Entwicklungen wie bei ZF Steyr mit dem Ausverkauf an multinationale Konzerne zusammenhängen, dann muss sie daran erinnert werden, dass sie selbst in ihrer Regierungszeit maßgeblich zu dieser Entwicklung beigetragen hat.

Die Entwicklung der letzten Monate zeigt, wie Schlag auf Schlag der Industriestandort Oberösterreich durch den entfesselten neoliberalen Turbokapitalismus von einer Welle von Betriebsschließungen und Standortverlagerungen getroffen wird:

● Carrera Optyl Traun (473 Arbeitsplätze), Solvay Ebensee (130), Hu-  
eck Baumgartenberg (40), Högl  
Taufkirchen (47), Dreefs Peuerbach  
(118), CLC (152), VA-Tech und jetzt  
ZF Steyr (500).

## Gegen Produktionsverlagerung und Verkauf

# Betriebsrat plant Kampfmaßnahmen

**Kampfmaßnahmen gegen die Montageverlagerung nach Passau und den Verkauf der Komponentenfertigung kündigten der Betriebsrat der ZF Steyr und die Gewerkschaften GMT und GPA bei einer Pressekonferenz am 23. November an. Gefordert werden Gespräche mit ZF-Chef Siegfried Goll mit dem Ziel Produktionsverlagerung und Verkauf zu verhindern, die als Schaden für den ZF-Konzern gesehen werden.**

Gefordert wird weiters die Einhaltung der Zusage bei der Übernahme im Jahr 2000 Steyr zu einem Kompetenzzentrum für Landmaschinen zu entwickeln. Im Falle der Gesprächsverweigerung sollen nach einer Information der Belegschaft in der letzten Novemberwoche Kampfmaßnahmen ergriffen werden. Konkret wurden eine „länger dauernde“ Betriebsversammlung und Druck über die Kunden auf den ZF-Konzern genannt.

Kritik gab es, weil die Information über die Pläne des ZF-Vorstandes nicht bei der Aufsichtsratssitzung am 12. November, sondern erst nach dieser Sitzung erfolgte. Zurückgewiesen wurde die Aussage von Arbeitsdirektor Reichenstetter bei der Informationsversammlung am 16. November der Standort Steyr sei eine „Geldvernichtungsmaschine“. Die Verluste sind nämlich durch das von ZF nach Steyr

verlagerte Produkt ECCOM entstanden. Das Hauptinteresse von ZF bei der Übernahme des Standortes galt hingegen nur dem in Steyr entwickelten Produkt S-matic.

Da die Kosten in Passau um 20 Prozent höher liegen als in Steyr hat die bis 30. Juni 2005 geplante Verlagerung der Automatikgetriebe dorthin keine wirtschaftlichen Gründe, sondern es handelt sich um eine politische Entscheidung für den Standort Passau. Offensichtlich soll die ZF-Tochterfirma Achsgetriebe Thyrnau, die so wie Steyr um 20 Prozent billiger produziert, dort eingebunden werden.

Für die Komponentenfertigung gilt der deutsche Konzern SLR, der in Steyr das ehemalige Gusswerk II übernommen hat, als Interessent und plant schon Ende November eine Besichtigung.

Derzeit hat ZF Steyr 484 Beschäftigte, davon 44 Invalide, 60 in

## Aufgespießt

### Beweisnotstand

*Bei einer Betriebsversammlung im September 2003 bezichtigte GF Kohl in Anwesenheit von Arbeitsdirektor Reichenstetter BR Bernegger einen Journalisten eingeschleust zu haben. Für diesen schwerwiegenden Vorwurf konnte bis heute kein Beweis geliefert werden.*

*Nach der im Jänner erfolgten Versetzung von BR Bernegger beauftragte ein Mann mit Koffer aus Passau die Wiener Anwälte der ZF mit diesem Vorwurf eine fristlose Entlassung Berneggers zu konstruieren. Das Vorhaben musste freilich mangels Beweisen bald wieder fallengelassen werden.*

Altersteilzeit befindliche, rund 40 Prozent sind über 40 Jahre alt und viele sind Pendler.

Durch Kurzarbeit und Kündigungen wurden 2004 rund 20 Mio. € eingespart und ein Nullergebnis erreicht. Wenn ein Einlenken des ZF-Vorstandes erfolgt will der Betriebsrat über Einsparungen von 1,8 Mio. € für 2005 verhandeln, vorausgesetzt es gibt eine dreijährige Standortgarantie.

Betriebsratssitzung am 21. Oktober 2004:

## BRV-Alleingang bei Gratisarbeit

Wie auch aus dem Mitarbeiterbrief der Geschäftsführung im „Gemeinsam“ deutlich wurde, wird für 2004 ein Null-Ergebnis möglich, weil 800.000 € Garantiezahlungen von Zulieferfirmen in die Bilanz eingearbeitet werden. Für 2005 sollten 1,8 Mio. € (1,2 Mio. € bei den Arbeitern und 0,6 Mio. € bei den Angestellten) eingespart werden. Durch die jüngste Entwicklung ist das freilich Schnee von gestern.

BRV Otto Taurer berichtete, dass darüber verhandelt werden soll, wobei eine Beschäftigungsgarantie für drei Jahre die Vorbedingung ist. Das Konzept für Steyr sieht die Standortsicherung für Teilefertigung und Montage vor.

● BR Franz Bernegger forderte in diesem Zusammenhang ein Wirtschaftlichkeitsgespräch, ein solches hat schon längere Zeit nicht mehr stattgefunden.

Laut Taurer sind 35 Stunden Gratisarbeit vom produktiven Personal in die Bilanz 2004 eingearbeitet. Zu Jahresbeginn war nur von 17,5 Stunden die Rede, jetzt sind es dop-

pelt so viele. BR Bernegger hatte bereits damals gefragt, was mit den zweiten 17,5 Stunden wäre und erhielt als Antwort „Das trauen sie sich nicht“. Jetzt hat sich die Geschäftsführung aber doch getraut, wie der Brief vom 28. Oktober beweist.

Offensichtlich hat der BRV die 35 Stunden im Alleingang zugesagt, was durch seine Aussage bestätigt wurde „Hätte man die 35 Stunden gleich abgezogen, wären sie heute kein Thema mehr“. Bei der Abstimmung am 11. November sprachen sich 54 Prozent gegen persönliche Eingriffe in ihren Arbeitsvertrag und eine Gratisarbeit aus



Franz Bernegger, GLB-Arbeiterbetriebsrat ZF-Steyr

### Aufgespießt

## Apropos Lohnverzicht

Schon 1987 wurde in der damaligen Steyr-Daimler-Puch AG von den Beschäftigten ein Lohnverzicht verlangt um den Standort zu retten.

Geholfen hat dieser Verzicht freilich wenig, denn wenig später wurde 1990 als erstes Stück vom Kuchen der Sektor Fahrzeugtechnik an den deutschen MAN-Konzern verkauft...

## Aus der Infoveranstaltung

Einen schweren Stand hatte der vom ZF-Vorstand abkommandierte und aus Passau angereiste Finanz- und Arbeitsdirektor Reichenstetter bei der Informationsveranstaltung am 16. November in Steyr, als er den betroffenen KollegInnen die Pläne des Konzerns mit dem Standort Steyr erklären musste, die nach seinen Worten seit elf Monaten unterwegs sind. Bereits am Vortag hatte sich Reichenstetter in Steyr erkundigt, ob er einen „Begleitschutz“ notwendig habe.

Sehr gereizt reagierte er vor allem auf den Vorwurf von BR Franz Bernegger, ZF habe die SAT im Jahre 2000 letztlich nur mit dem Hintergedanken gekauft, damit das innovative Produkt S-matic in die Finger zu kriegen und damit ein Monopol bei Automatikgetrieben zu erlangen. Keine befriedigende Antwort gab es auch auf die Anfrage, worüber mit MAN Verhandlungen geführt werden.

Auf die Äußerung „wer gibt uns die 30 Millionen wieder die ZF in Steyr investiert hat“ kamen Meldungen aus dem Publikum wie „die hat sich ZF doch schon längst wieder geholt“. Dies bezog sich auf das Produkt ECCOM, das von Passau nach Steyr zur Montage verlagert und auf Kosten des Standortes Steyr zur Serienreife entwickelt wurde.

Gelächter und Buhrufe gab es auf Reichenstetters Aussage, er sei sehr mit dem Standort Steyr verbunden gewesen. Für 50 Beschäftigte gibt es das Angebot in Passau zu arbeiten. **Als einer der ersten werden GF Wilks mit „Youngster“ Fellhofer - der schon jetzt laufend versucht die Leute in der Montage zu beschwichtigen - dorthin übersiedeln.** Für die von Arbeitsplatzverlust betroffenen 120 Mitarbeiter wurden Kontakte mit BMW, MAN, SKF und CNH in Aussicht gestellt. Laut Reichenstetter sind die Kosten in Passau um 20 Prozent höher als in Steyr. Die Produktionsverlagerung hat daher keine wirtschaftlichen, sondern politische Gründe.

## Kontakte

Die Betriebsräte der Liste Franz Bernegger – GLB sind telefonisch erreichbar und stehen für alle Anliegen gerne zur Verfügung:

- Franz Bernegger, HA-Montage, Telefon 98/3403 oder 3216
- Rudolf Rabenhaupt, Hohlradfertigung, Telefon 3258

## Informationsversammlungen in Fertigungsgruppen

# Folgt auf Gratisarbeit auch Lohnverzicht?

**Beginnend mit 5. November fanden in den Fertigungsgruppen Informationsversammlungen in Anwesenheit von BRV Taurer, BRVStv Dantlgraber und GF Kohl statt. Dabei wurde informiert, dass das Sanierungspaket 1 vor dem Abschluss steht und darin die 35 Stunden Gratisarbeit für 2004 eingerechnet sind.**

Der Umsatz von Jänner bis September 2004 betrug 88,8 Mio. €, im Plan waren 87 Mio. €. Im September lag der Umsatz bei 11,6, im Oktober bei 11,1 Mio. €, die Prognose für November liegt bei 10,0 und für Dezember bei 8,8 Mio. €, weil am 17. Dezember faktisch der letzte Arbeitstag ist.

Für 2004 war ein Ergebnis von minus 3,0 Mio. € prognostiziert, jetzt wird ein Null-Ergebnis erreicht. Dazu haben 0,8 Mio. € Garantiezahlungen sowie die 35 Stunden Gratisarbeit der Arbeiter und die auf 35 Wochenstunden reduzierte Arbeitszeit der Angestellten mit Gehaltsverzicht und ein 9-prozentiger Gehaltsverzicht der führenden Angestellten, aber auch die Kündigung indirekter Lohnempfänger beitragen.

Dem Lohnverlust von 2,2 Prozent für jeden Einzelnen bedingt durch die 35 Stunden Gratisarbeit werden von BRV und GF die 7 Prozent Prämien bei Gruppenarbeit entgegengehalten. Dazu ist freilich zu sagen, dass diese schwer erarbeitet sind und es sich um Bruttobeträge handelt, von denen netto nach Abzug der Steuer nicht viel übrig bleibt.

Seit Jahren ist die Schließung des Standortes Steyr ein Thema,

vor allem die Verlagerung oder der Verkauf der Komponentenfertigung für Getriebe und der Montage nach Passau. ZF-Pressesprecher Weidemann erklärte im Juli via „OÖN“ „Diese Gerichte sind aus der Luft gegriffen“, aber solche Aussagen haben wir schon oft gehört.

Von der ZF-Spitze gab es immer die allgemeine Zusicherung zur Weiterführung des Landmaschinenbereichs im Konzern. Der Standort Steyr sollte der Konzernspitze durch wachsende Erträge schmackhaft gemacht werden, dazu wurden als Beitrag des Personals 1,8 Mio. € Einsparungen für 2005 gefordert, hingegen waren Garantien völlig offen. Laut Kohl war eine Null für den ZF-Vorstand nicht überzeugend, es wären Gewinne notwendig um die Schulden zurückzuzahlen. Kohl nannte dazu als Ziel neun Prozent vom umgesetzten Kapital.

Laut den Benchmarks ist für die Produkte von ZF-Steyr ein höherer Preis nicht möglich, im Umkehrschluss bedeutet dies Druck auf die Löhne. Schmiede und Gussfertigung wurden bekanntlich bereits geschlossen, Logistik und Sonderfertigung wurden verkauft. Laut Kohl wird 2004 mit einem Umsatz von

117 Mio. € gerechnet, 2005 sollen es ebensoviel sein. Laut Arbeitsdirektor Reichenstetter (Passau) wird es keinen Zuschuss für Steyr mehr geben.

Im Zusammenhang mit den Sanierungsmaßnahmen wurde auch massiv Druck auf alle jene gemacht, die Zweifel an der Gratisarbeit äußern: Es sei unfair gegen die Kollegen, aber auch gegen die Geschäftsführung, weil sich diese doch voll für den Standort einsetzt. Es sei auch unfair gegen BRV Taurer und BRVStv Dantlgraber und deren Sanierungsbereitschaft.

BR Daucher verlangte Garantien für die Arbeitsplätze und meinte, dass über den Lohn nicht gesprochen worden sei. Dantlgraber hielt seinem Parteifreund entgegen, er sei nur einer von sechs Betriebsräten um dies zu korrigieren, dass da „noch zwei andere“ (gemeint waren die beiden GLB-Betriebsräte Bernegger und Rabenhaupt) seien.

BR Bernegger führte an, dass die 35 Stunden Gratisarbeit hart erarbeitet werden müssen und der BRV mit seinen Alleingängen auf Kosten der Kollegen verzichtet. Im Frühjahr wurden Unterschriften für die Zustimmung zu den 35 Stunden Gratisarbeit gesammelt, die angeblich dann wieder vernichtet wurden. Offensichtlich ging es darum, Druck auf die Beschäftigten zu machen.

Bernegger stellte auch die Frage nach dem Sanierungspaket 2 und führte an, dass Gratisarbeit auch den Entgang von Steuern und Sozialabgaben bedeutet. Dies brachte GF Kohl so in Rage, dass er meinte mit Bernegger „rede ich nicht, weil er führt einen Prozess gegen die Firma“.

Dantlgraber wiederum meinte, die Gratisarbeit bringe zuwenig und stellte den Verzicht auf eine Lohnrunde in den Raum. Bei 341 Arbeitern bringen laut seiner Information 17,5 Stunden Gratisarbeit 100.000 € Einsparung. Er winkte mit einer einvernehmlichen Lösung für alle Kollegen, welche die Maßnahmen nicht mittragen. In der Kennzahl für 2005 ist die diesjährige Lohnerhöhung jedoch eingerechnet. Taurer kündigte eine geheime Abstimmung über das Sanierungspaket 2 mit Gratisarbeit und Aussetzen einer Lohnrunde an und will dazu auch Experten konsultieren.

### Aufgespießt

## Kohls Sprachrohr Dantlgraber

*Bei einer Infoveranstaltung im Mai stellte BR Franz Bernegger an GF Kohl die Frage ob weiter Druck auf den ECCOM-Bereich bezüglich Arbeitszeitmodelle ausgeübt wird und ob weitere 17,5 Stunden Gratisarbeit von der gesamten Belegschaft zu leisten sind. An Kohls Stelle antwortete BRVStv Dantlgraber und meinte solche Fragen würden in anderen Gremien behandelt.*

*Bei der Infoveranstaltung im November erklärte Kohl auf eine Frage von BR Bernegger, er verliere keine Worte mehr über Leute, welche die Firma klagen. Daraufhin meinte BR Bernegger, Kohl hätte wenigstens Dantlgraber antworten lassen können...*

Druck auf Betriebsrat durch Versetzung

## Warum Klage gegen die Firma?

**Mit Wirkung vom 19. Jänner 2004 wurde BR Franz Bernegger auf Anordnung von GF Kohl von der Kostenstelle 2111 (Betriebsschlosserei) auf die Kostenstelle 7834 (Hinterachsmontage) versetzt. Begründet wurde diese Versetzung mit "Organisationsänderung" Zunächst als befristet dargestellt, erwies sich die Versetzung bald als dauerhaft. Daher legte Bernegger Widerspruch ein.**

Bernegger ist laut Arbeitsvertrag als Betriebsschlosser mit Werkmeisterprüfung und Refa-Ausbildung beschäftigt, bei der neuen Tätigkeit handelt es sich vorwiegend um Hilfsarbeiten bzw. angelegene Tätigkeiten.

Während in der Betriebsschlosserei Gleitzeit besteht gibt es in der Abteilung Hinterachsmontage einen Zwei-Schicht-Betrieb.

Dadurch sowie durch die taktabhängige Akkordarbeit wird es Bernegger als gewähltem Arbeiterbetriebsrat fast unmöglich gemacht, seine gesetzlich vorgesehene Betriebsrats Tätigkeit auszuüben und er muss als einziger Betriebsrat ein- bzw. ausstempeln. Eine Abwesenheit für Betriebsrats Tätigkeit geht zu Lasten der Kollegen und verursacht für diese eine Mehrarbeit.

Durch die Versetzung erfolgte auch eine Entfernung von seinen ur-

sprünglichen Wählern und damit seinem hauptsächlichem Vertretungspotential als Betriebsrat. Des weiteren war die Versetzung mit einer Verschlechterung bei der Entlohnung verbunden.

BR Bernegger hat daher über die Arbeiterkammer als Rechtsvertretung eine Klage gegen ZF wegen ungerechtfertigter Versetzung eingebracht, dabei aber von Anfang an deutlich gemacht, bei Rücknahme der Versetzung diese Klage zurückzuziehen.

Eine erste Verhandlung wurde vom 9. auf den 16. Juli verschoben. Von der Rechtsvertretung der ZF Grießer, Gerlach & Gahleitner (Wien) erschien keine kompetente Rechtsanwältin und auch kein Vertreter der ZF obwohl die Parteien zum Erscheinen verpflichtet waren, worüber Richter Lichtenegger seinen Unwillen äußerte. Dies und die angebliche berufliche Nähe Berneggers wegen seiner Tätigkeit als Laienrichter bei Arbeitsrechtsverhandlungen zum Richter nahmen die ZF-Anwälte am 27. Juli zum Anlass den Richter für befangen zu erklären. Ein Senat des Landesgerichtes entschied jedoch gegen die Befangeneheit, so dass Richter Mag. Lich-

tenegger den Fall weiter verhandelt.

Außerdem lehnte die Rechtsvertretung von ZF einen Kostenvorschuss von 600 € für ein von ihr selbst verlangtes Gutachten ab. Das Verfahren wird erst nach Vorlage dieses berufskundlichen Gutachtens fortgesetzt. Offensichtlich versucht die ZF als beklagte Partei über ihre Anwälte das Verfahren möglichst zu verzögern wie die bisherige Vorgangsweise deutlich macht.

### Aufgespießt

## Humane Stiftung...

Seit der Übernahme des Standortes Steyr durch den ZF-Konzern wurde von den SPÖ-Betriebsräten immer wieder ins Treffen geführt, dass ZF im Eigentum einer Stiftung steht und daher humaner sei als gewöhnliche Firmen.

Die aktuelle Praxis zeigt allerdings das Gegenteil. Auch eine Stiftung ist Teil des kapitalistischen Systems und agiert gegen die Beschäftigten wie ein x-beliebiges kapitalistisches Unternehmen. Das sei der SPÖ ins Stammbuch geschrieben...



### Aufgespießt

## Ein großer Fang

*Einen großen Fang machte vor kurzem der Werksschutz eines großen Steyrer Unternehmens. An einem Sonntag beobachtete ein junger Kollege der Dienst in der Schaltzentrale machte über die Kamera, wie eine Person beim automatischen Drehkreuz mit Werksausweis das Werksgelände betrat. Kurz danach musste der Kollege feststellen, dass mit demselben Ausweis eine andere Person ebenfalls das Werksgelände betrat.*

*Er löste darauf hin vorschriftsmäßig Alarm aus und informierte seine Kollegen im Werksgelände. Diese stellten die beiden Eindringliche, woraufhin sich die erste Person als Geschäftsführer eines mittleren Unternehmens und die zweite Person als seine Gattin vorstellte. Auf den Hinweis des Werksschutzpersonals, dass die Bestimmungen über den Eintritt ins Werksgelände und die Meldung werksfremder Personen auch für das Management gelten, meinte der Geschäftsführer patzig, die Betriebsfeuerwehr habe ihn zu kennen und drohte mit Konsequenzen.*

*Wie man hört erlitt der Geschäftsführer jedoch einen kräftigen Dämpfer von höheren Etagen, nachdem die betroffenen Kollegen vom Werksschutz Meldung über den Vorfall gemacht hatten.*

Was ist mit der Qualität der Arbeitsplätze?

## Jagd auf Krankenständler

Mit einer gezielten Kampagne wird jetzt auch auf die Krankenständler Jagd gemacht. Dazu gibt es Vergleichszahlen über die Krankenstände bei ZF-Steyr (Arbeiter 6,6 Prozent, Angestellte 2,8 Prozent), die in etwa jenen von ZF-Passau entsprechen (Arbeiter 6,0 Prozent, Angestellte 2,8 Prozent).

Wieweit Vergleiche mit dem landesweiten Durchschnitt von Oberösterreich (Arbeiter 4,2 Prozent, Angestellte 2 Prozent) oder gar dem ZF-Werk Lancaster in den USA mit einem bekanntlich katastrophalen Gesundheitssystem (jeweils 2,0 Prozent) zulässig sind, sei dahingestellt.

Hinter der Kampagne steht die Absicht die Beschäftigten einzuschüchtern, um noch mehr Leistung herauszupressen. Ob jemand krank ist oder nicht, entscheidet aber letztlich immer noch der Arzt und nicht die Personalabteilung und dabei sollte es auch bleiben.

Wir halten dem entgegen, dass die Streichung sozialer Leistungen negativ für den Gesundheitszustand ist. So gibt es kein warmes Mittagessen mehr seit die Kantine aufgelassen wurde. Nun ist auch der Pit Stop in der Halle 5 Gefahr, wenn Ende November der Beobachtungszeitraum ausläuft und sich für die Betreiber die Sache nicht rechnet, weil der notwendige Nettoumsatz von 6.200 € pro Monat nicht erreicht wird. Die Versorgung würde dann ab 2005 nur mehr mit Buffetwagen erfolgen.

Auch der Zustand der Arbeitsplätze und die Arbeit unter Einfluss gesundheitsschädliche Mittel hat negativen Einfluss auf den Gesundheitszustand. Die Argumente des Arbeitsmediziners Dr. Pichler „zuviel Aufruf gefährdet Arbeitsplätze“ können wir dabei nicht teilen. So hat die Gewerkschaft erst im April 2004 BR Bernegger bestätigt, dass die



Arbeitsstoffe Loctite und Ultra Clean laut chemischen Analysen sehr gefährlich sind und Teile davon auf der Giftliste aufscheinen.

Bevor die Geschäftsführung also die Treibjagd auf Krankenständler eröffnet sollte sie dafür sorgen, dass die Qualität der Arbeitsplätze und die Arbeitsbedingungen so gestaltet werden, dass diese nicht krank machen.

Karikatur: GÖN



\$\$\$\$\$\$\$\$\$\$

Kenne Dein Recht

\$\$\$\$\$\$\$\$\$\$

## Achtung bei Pflegefreistellung

Laut § 16 des 1976 beschlossenen und seither wiederholt novellierten Urlaubsgesetz gebührt einem Dienstnehmer Pflegefreistellung „wegen der notwendigen Pflege eines im gemeinsamen Haushalt lebenden, erkrankten, nahen Angehörigen“ oder „wegen der notwendigen Betreuung seines Kindes (Wahl- oder Pflegekindes) infolge Ausfalles einer Person, die das Kind ständig betreut hat“ im „Höchstmaß seiner regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit innerhalb eines Arbeitsjahres“.

Darüber hinaus besteht nach diesem Gesetz Anspruch auf eine weitere Arbeitswoche Pflegefreistellung, wenn der Anspruch auf Pflegefreistellung zwar schon verbraucht ist, jedoch ein erkranktes Kind (auch Wahl- oder Pflegekind) bis zum vollendeten 12. Lebensjahr zu pflegen ist. Ist auch dieser Anspruch verbraucht, kann der Dienstnehmer für eine solche Pflegetätigkeit normalen Urlaub konsumieren, ohne dass dazu eine vorherige Vereinbarung mit dem Arbeitgeber notwendig ist.

Entsprechend der Judikatur ist es möglich, Pflegeurlaub auch tage- oder stundenweise in Anspruch zu nehmen. Findige Menschen in der Personalabteilung legen den Anspruch auf Pflegefreistellung nun so aus, dass sie den zuständigen Arzt kontaktieren und diesem nahe legen, dass betroffene Dienstnehmer möglichst nicht eine ganze Woche Pflegefreistellung in Anspruch nehmen, sondern diese nur tageweise erhalten.

Wir raten daher allen betroffenen Kollegen, zuerst mit dem Arzt abzuklären wie lange eine Pflegefreistellung erforderlich ist und erst dann die Pflegefreistellung bei der Firma zu beantragen. So wie im Fall einer Krankheit grundsätzlich nur der Arzt entscheiden kann wie lange ein Krankenstand notwendig ist, kann unseres Erachtens auch bei einer Pflegefreistellung nur der Arzt feststellen, wie lange eine solche erforderlich ist. Die „Sparmeister“ in der Personalabteilung brauchen sich daher keine ärztlichen Kompetenzen anmaßen.

Abschluss der Metall-Kollektivvertragsverhandlungen 2004:

## 2,5 Prozent und einheitliches Entgeltsystem

Am 4. November 2004 wurden von den der Gewerkschaft Metall - Textil (GMT) und der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) die Kollektivvertragsverhandlungen für die ArbeiterInnen und Angestellten in der Metallindustrie und im Bergbau abgeschlossen. Das Ergebnis:

- Die kollektivvertraglichen Mindestlöhne/-gehälter steigen um 2,5 Prozent.
- Der neue Mindestlohn beträgt 1.271,78 Euro.
- Die Ist-Löhne/-Gehälter steigen um 2,5 Prozent.
- Die Lehrlingsentschädigungen steigen um 2,5 Prozent.
- KV-Zulagen und Aufwandsentschädigungen werden um 2,5 Prozent erhöht.
- Der Abschluss tritt mit 1. November 2004 in Kraft

Schwerpunkt der diesjährigen KV-Verhandlungen war aber ein gemeinsames Entgeltsystems für ArbeiterInnen und Angestellten, über welches seit vier Jahren verhandelt wurde und jetzt endlich durchgesetzt werden konnte. Laut GMT-Vorsitzenden Rudolf Nürnberger wurde ein gemeinsames Entgeltschema bereits seit 1992 intensiv verfolgt.

In dem nun vereinbarten Entgelt-

system wurden als Eckpunkte die neuen Lohngruppen - die dann Beschäftigungsgruppen heißen werden, die Anzahl der Vorrückungen und die Höhe der Vorrückungen fixiert.

Das Entgeltsystem sieht außerdem eine jährliche Verteilungsmasse vor. Die Details werden bis Ende Jänner 2005 formuliert. Das neue System wird mit 1. November 2005 in Kraft treten.

Abgewehrt werden konnten bei den KV-Verhandlungen die Arbeitgeberforderungen zur weiteren Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Ohne inhaltliche Änderungen wurde jedoch das Modell „Erweiterte Bandbreite“ vereinfacht. Für die 4-Tage-Woche wurde außerdem die Möglichkeit zu zwei bezahlten Überstunden pro Tag und Ausdehnung der Arbeitszeit auf 12 Stunden vereinbart. Die elfte und zwölfte Stunde gelten dabei als Überstunden und sind freiwillig und nicht verpflichtend.

Da dies in den Medien verschiedentlich falsch interpretiert wurde, weisen wir darauf hin, dass diese Regelung nur gilt, wenn 4-Tage-Woche vereinbart ist!

Die Gewerkschaften haben weiters mit den Arbeitgebern die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Überprüfung, ob der Kollektivvertrag diskriminierende Bestimmungen (auf Grund von Alter, Behinderung, ethnischer Zugehörigkeit, Geschlecht, Religion, sexueller Orientierung oder Weltanschauung) enthält vereinbart um diese zu beseitigen.

Der GLB-Vertreter im Verhandlungskomitee, BR Helmut Edlinger (voestalpine Donawitz) hat dem Abschluss zugestimmt, weil er das einheitliche Entgeltsystem als wichtigen Fortschritt betrachtet, auch wenn der prozentuelle Abschluss mit 2,5 Prozent angesichts der gestiegenen Inflation und Produktivität unter den Möglichkeiten liegt.

### Was noch zu sagen ist

### Lauter Zufälle...

*Ganz zufällig sind die Kollegen Klaus-Peter Weissinger und der von ihm forcierte Ersatzbetriebsrat Peter Pühringer in der Instandhaltung beschäftigt.*

*Ganz zufällig sind sie dort für die Kontakte mit der Firma Hörmann – welche die Sonderfertigung der ZF übernommen hat – sowie die Firmen Stuart (Lieferant von Kühl- und Schmiermitteln) und Olbert (Reparatur von E-Motoren und Elektroanlagengeräten) zuständig.*

*Ganz zufällig waren die beiden Kollegen am Segelwettbewerb „Business Cup 2004“ in Kroatien beteiligt. Ganz zufällig auch sponserten (hoffentlich versteuert) die Firmen Hörmann, Stuart und Olbert, wie „Gemeinsam“ stolz berichtet diesen Event.*

*Ganz und gar nicht zufällig lehnte*

*hingegen BR Bernegger das Outsourcing an die Firma Hörmann entschieden ab. Auch ganz und gar nicht zufällig wurde wohl Bernegger aus der Instandhaltung in die Hinterachsmontage versetzt. Nicht zufällig ist auf Berneggers Arbeitsplatz in der Instandhaltung jetzt Weissingers Fischlieferant MRS-Kaufmann als „freier Mitarbeiter“ tätig und sponsert als Gegenleistung die Abteilungsweihnachtsfeier .*

*Ebenfalls wohl nicht zufällig wurden Bernegger alle Schlüssel abgenommen und der Zugang zu seinen Betriebsratsunterlagen verweigert und diese angeblich von Weissinger mittlerweile entsorgt, dafür aber Bernegger „angeboten“ das Material bei Herrn Ginda zurückzukaufen.*

*So viele Zufälle auf einmal sind wohl ein bisschen zu zufällig...*

**Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt - GLB!**

### Immer wieder Overhead

Kam der Standort Steyr früher mit einem Geschäftsführer aus, so braucht es heute trotz reduzierter Beschäftigtenzahl deren zwei. Nicht genug damit, werkt weiter der Herr Wawra über Konsulenten- oder sonstige Verträge für das Unternehmen. Dazu gibt es in der Personalabteilung zwei Sekretäre, wovon einer seit fast einem Jahr eingeschult wird. Zum Vergleich: In der Montage werden die Arbeiter gerade zwei Tage eingeschult und wenn sie dann nicht volle Leistung bringen, gibt es Druck...

GLB: Jetzt muss Verzetnitsch im Parlament aktiv werden

## ÖGB-Schwenk für Volksabstimmung über EU-Verfassung

Als Erfolg seines Drängens sieht der Gewerkschaftliche Linksblock (GLB) Oberösterreich die jüngsten Aussagen von ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch zur künftigen EU-Verfassung.

Verzetnitsch hatte in einem Brief an Bundeskanzler Wolfgang Schüssel gefordert, dass der EU-Vertrag über die ökonomische Dimension hinausgehen und die Neutralität Österreichs gesichert sein müsse. Beides ist mit der jetzigen EU-Verfassung – deren Kernpunkte die Militarisierung der EU durch Verpflichtung zur Aufrüstung sowie die Festschreibung des neoliberalen Wirtschaftsmodells sind – nicht machbar. Weiters hatte Verzetnitsch angesichts der weit reichenden Auswirkungen eine umfassende Information der Bevölkerung sowie eine Volksabstimmung über die EU-Verfassung verlangt.

Die GLB-Landesvorsitzende Karin Antlanger (BRV EXIT-sozial Linz) hatte bereits am 29. April 2004 im ÖGB-Landesvorstand einen Antrag eingebracht, in welchem eine öffentliche Debatte sowie eine Volksabstimmung über die EU-Verfassung verlangt wurde. Der Antrag war allerdings von der SPÖ-Mehrheit damals durch eine Zuweisung und Beratung mit Experten auf die lange Bank geschoben worden.

„Es ist daher erfreulich, wenn jetzt vom ÖGB-Präsidenten die bisherige Ablehnungsfront gegen eine Volksabstimmung aufbricht, die For-

derung einer zunehmend breiter werdenden Bewegung aufgreift und für eine Volksabstimmung eintritt“, stellt Karin Antlanger fest. Eine wachsende Zahl von Gruppierungen wie Plattform gegen Atomgefahren, EU-attac, IG Kultur, GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg, Greenpeace, KPÖ, LehrerInnen für den Frieden, MedizinerInnen gegen Gewalt und Atomgefahren, Friedensrat, Werkstatt Frieden und Solidarität, Wiener Friedensbewegung und andere hat eine Petition an den Nationalrat mit der Forderung nach einer Volksabstimmung gestartet.

Voraussichtlich wird in zwölf EU-Ländern eine Volksabstimmung über die Verfassung stattfinden: In Dänemark und Irland ist eine solche Abstimmung verfassungsmäßig vorgeschrieben. Relativ fix finden Volksabstimmungen auch in Belgien, Frankreich, Großbritannien, Litauen, Luxemburg, Niederlande, Polen, Portugal, Spanien und Tschechien statt. Noch unentschieden sind Estland, Finnland, Lettland, Slowenien und die Slowakei. Als Hardliner wollen Deutschland, Griechenland, Italien, Malta, Schweden, Österreich, Ungarn und Zypern keinesfalls das Volk über die



Verfassung entscheiden lassen und halten einen Parlamentsentscheid für ausreichend. Als heuchlerisch bezeichnet der GLB die in Österreich quer durch die Parlamentsparteien vertretene Auffassung für ein europaweites Referendum. Damit drücken sich die österreichischen ParlamentarierInnen von einer konkreten Entscheidung im eigenen Land.

Da ÖGB-Präsident Verzetnitsch bekanntlich auch SPÖ-Nationalratsabgeordneter ist, wird es jetzt darauf ankommen, dass er seinen Ankündigungen Taten folgen lässt und gemeinsam mit anderen im Parlament vertretenen GewerkschafterInnen die Durchführung einer Volksabstimmung beantragt. Es ist zu hoffen und anzunehmen, dass sein Einfluss groß genug ist, um zumindest die SPÖ-Fraktion von der Notwendigkeit dieses Schrittes zu überzeugen. Schließlich bedeutet die EU-Verfassung einen wesentlichen Eingriff in die Verfassungsgrundlagen jedes einzelnen Mitgliedslandes, wie auch namhafte Verfassungsrechtler wie Mayer, Öhlinger oder Geistlinger wiederholt festgestellt haben.



**Nein zum  
Europa der  
Konzerne und  
Generäle!  
Für ein soziales,  
demokratisches  
und friedliches  
Europa!**